



Thank you for travelling

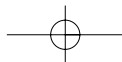
In Spanien wird sich die Schuldenkrise 2012 weiter verschärfen. Die Arbeitslosenquote – derzeit 21,5 Prozent, bei unter 27jährigen 44,5 Prozent – soll weiter steigen. Besonders davon betroffen sind die 5,7 Millionen legalen und die rund fünf Millionen illegalen Einwanderer. **Von Annika Müller**

Die Provinz Lleida in Katalonien ist eines der wichtigsten Obstanbaugebiete Nordspaniens. Wo die Pyrenäenausläufer in die Große Ebene von Lleida übergehen, erstrecken sich riesige Apfel-, Birnen- und Pfirsichplantagen. In den höheren Lagen wachsen Mandeln und Oliven. Zwischen den Hügeln liegen Plastikplanen wie Wasserspiegel über der Landschaft. Kohl, Auberginen und Salate werden hier fast das ganze Jahr über gezogen. Zwischen den Reihen gestutzter Apfelbäume steht Obstbauer Xavier Martínez, Herr über 47 Hektar Apfel- und Birnbäume. 23 Hilfsarbeiter, überwiegend aus dem Senegal, schneiden die kahlen Äste zurück. Sie leben das ganze Jahr über auf der Obstplantage »El Masip«. Etwa 40 zusätzliche Erntehelfer benötigt Martínez normalerweise in den Erntemonaten September und Oktober. Im vergangenen Jahr mußte er den Stab jedoch um ein Drittel reduzieren und den Lohn herabsetzen. Er hat Kredite aufgenommen, um Maschinen zu kaufen. Nun machen die Banken Druck.

Die Zahl derjenigen aber, die bei Martínez Arbeit suchen, wächst. Und es sind längst nicht mehr nur Immigranten, sondern auch arbeitslose Einheimische. Das ist eine neue Entwicklung. »Kein Mensch, erst recht kein junger Mensch, wollte in den vergangenen 20 Jahren in der Landwirtschaft arbeiten«, sagt Martínez. Ohne die Hilfe von Feldarbeitern aus dem Maghreb und Nordafrika hätte er den Hof nicht halten können. Sein Dorf Vilanova de la Sal leidet – wie alle ländlichen Regionen in Spanien – seit den achtziger Jahren unter Entvölkerung und Vergreisung. Die Mehrheit der Spanier lebt heute in Großstädten, viele Häuser stehen leer. Erst jetzt, mit der Krise, die das Leben in der Stadt für viele unbezahlbar macht, kommen die jungen Leute wieder in ihre Heimatorte zurück, um bei der Ernte zu helfen – und verdrängen die Immigranten.

Wie Martínez haben viele Spanier die Einwanderer geschätzt, die in den vergangenen Jahrzehnten auf den Feldern und Baustellen des Landes die Arbeit erledigten, die die Spanier

selbst nicht mehr machen wollten. »Den anhaltenden Boom können wir nur mit Einwanderern stemmen«, hatte noch im Jahr 2007 Miguel Sebastián, Wirtschaftsberater des damaligen Ministerpräsidenten Zapatero erklärt und einen Bericht vorgelegt, demzufolge Spanien von den Einwanderern wirtschaftlich enorm profitiert. Es wurde allgemein akzeptiert, daß das Land für das enorme Wirtschaftswachstum seit den achtziger Jahren billige Arbeitskräfte brauchte, die bereit waren, schwere körperliche Arbeit für wenig Geld zu verrichten. Die spanische Regierung dankte es ihnen bislang mit einer relativ laxen Einwanderungspolitik. Noch im Jahr 2005 hat Zapatero in einer Legalisierungsaktion 800.000 illegalen Einwanderern eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Bis zum Jahr 2008 wurden jährlich zusätzlich rund 180.000 saisonale Arbeitskräfte legal ins Land geholt. Landwirte und Bauherren riefen nach immer mehr Arbeitern. Und die kamen: Waren im Jahr 1998 nur etwas über ein Prozent der Bevölkerung Immigranten, machten diese zehn



Jahre später schon rund zwölf Prozent aus – illegale und Schwarzarbeiter unberücksichtigt. Die Einwanderer kamen zunächst überwiegend aus Nordafrika, den Subsaharastaaten, aber auch aus Südamerika aufs spanische Festland; seit der Erweiterung der EU zunehmend auch aus den neuen Mitgliedsstaaten, vor allem aus Rumänien, Bulgarien und Polen.

Seit der spanische Boom, zunächst durchs Platzen der Bau- und Immobilienblase, dann infolge der Weltfinanzkrise, jäh abgebrochen ist, hat sich das Blatt gewendet: Bereits Anfang 2009 waren über zwei Millionen Immigranten in Spanien arbeitslos, von ihnen hatten geschätzte 1,3 Millionen zuvor als ungelernte Arbeiter in der Landwirtschaft gearbeitet. Einwanderer seien doppelt so oft wie Einheimische von Arbeitslosigkeit betroffen, so die Internationale Organisation für Migration (IOM). Unter den Lateinamerikanern in Spanien liegt sie beispielsweise bei über 60 Prozent. »Das ist die traurige Realität«, sagt Carlos Ordóñez, Präsident der Asociación de Ecuatorianos de Vic, des Vereins der Ecuadorianer der katalanischen Stadt Vic, der seinen Landsleuten nun zur Ausreise rät: »Die Perspektive für die kommenden Jahre ist sehr düster.« Dies gilt vor allem für die Illegalen, die auf keinerlei staatliche Unterstützung rechnen können. Einwanderer ohne Papiere hätten in Spanien keine andere Wahl, als zu unwürdigen Bedingungen und für Hungerlöhne zu schuften, wie die IOM erklärt.

2011 überstieg die Zahl der Auswanderungen daher erstmals seit über 30 Jahren die der Einwanderungen. Besonders Arbeitsimmigranten aus dem Osten Europas, aber auch aus Lateinamerika zog es wieder in ihre Heimat zurück. Die Zahl der Bootsflüchtlinge aus Nordafrika lag allerdings höher als noch im Jahr 2010. Laut einer Erhebung des Instituto Nacional de Estadística (Nationales Institut für Statistik) leben rund 5,7 Millionen Menschen mit Aufenthaltserlaubnis in Spanien. Hinzu kommen bis zu fünf Millionen illegale Einwanderer.

Für viele spanische Landwirte und Bauherren war die Anstellung illegaler Immigranten bislang ein prima Geschäft. So sparten sie Steuern und Sozialversicherungsabgaben und konnten zudem die Löhne drücken. »Viele meiner Erntehelfer haben in anderen Betrieben unter unmenschlichen Bedingungen gearbeitet. Sie bekamen drei oder vier Euro in der Stunde und haben bis zu zehn Stunden am Tag hart gearbeitet«, berichtet Obstbauer Martínez. Er habe gehört, daß die Stundenlöhne nun in manchen Fällen auf einen Euro gesunken seien. Doch das Risiko ist gestiegen. Polizeikontrollen in den Betrieben nehmen zu. Bei Beschäftigung von Illegalen drohen hohe Geldstrafen oder sogar Gefängnis. Und da nun auch legale Arbeiter bereit sind, Hungerlöhne zu akzeptieren, lohnt es sich nicht mehr, die Strafe für eine Anstellung von Papierlosen zu riskieren. Die Illegalen gehen leer aus.

»Die Situation ist so schlimm wie noch nie«, erzählt Ibrahim, der mit seinem Studienfreund Moussa vor 25 Jahren mit der ersten gro-

ßen Immigrantenvelle der achtziger Jahre aus dem afrikanischen Gabun nach Spanien gekommen ist. Gemeinsam mit Hunderten anderer Einwanderer schlofen sie die ersten zwei Jahre auf einem Fußballfeld bei Almería und folgten dann dem damals entstehenden gewaltigen Binnenmigrationszyklus: Im Frühjahr zum Erdbeerpflücken nach Andalusien, im Sommer auf die Gemüsegelder, im Herbst gen Nordspanien zur Apfelernte, anschließend in die Mandel- und Olivenhaine des ganzen Landes, zum Jahresende wieder gen Süden, um dort den Winter in den feuchtheißen Plastikröhren der »Invernaderos«, den riesigen Gewächshäusern, zu verbringen. So oder so ähnlich sah in den vergangenen dreißig Jahren der Kalender Zigarettausender Wanderarbeiter aus. Doch seit Beginn der Krise bekamen die Arbeitsnomaden, wohin sie auch zogen, nur noch Absagen.

Ibrahim und Moussa haben Glück gehabt. Sie sind seit dem Jahr 2000 dank einer ersten großangelegten Legalisierung der spanischen Regierung legal im Land, betreiben ein kleines Internetcafé in der katalanischen Kleinstadt Balaguer und können mit offiziellen Reisepässen ihre Familien in der Heimat besuchen. Mit ihrem Internet- und Callshop, an dem in letzter Zeit arbeitslose Schwarzafrikaner Schlange stehen, um im Internet nach Jobangeboten zu su-

Unterstützung vom Staat können die Einwanderer nicht erwarten

chen und nach Hause zu telefonieren, sind Ibrahim und Moussa gewissermaßen Krisengewinnler. Ihre Wohnungen sind Massenlager geworden. Sie nahmen zuerst Freunde und Verwandte auf, dann auch deren Freunde und Verwandte.

Unter den rund 20 Menschen, die in Moussas Wohnung provisorisch nächtigen, ist auch ein Säugling. »Ich bin der einzige, der auch nur einen Cent verdient«, sagt Moussa. Zu seinen Gästen gehört der 38jährige Senegalese Abdoulaye. Er ist ebenfalls schon seit über 20 Jahren in Spanien, hatte aber nie einen Arbeitgeber, der bereit gewesen wäre, ihn zu legalisieren. Dennoch gelang es ihm, sich hochzuarbeiten. Als Jugendlicher hatte er im Straßenbau gearbeitet, später für einen Bauunternehmer die Anwerbung und Koordinierung von Leiharbeitern übernommen. Über Beziehungen gelang es ihm auch ohne ein spanisches Bankkonto, eine Wohnung zu kaufen. »Das einzige gültige Papier, das ich habe, ist der Bescheid, daß ich Spanien mit meinem 18. Geburtstag sofort verlassen muß. Das ist jetzt über zwanzig Jahre alt«, berichtet Abdoulaye. Mit dem Zusammenbruch der Bauwirtschaft haben er und seine 35 ebenfalls illegalen Kollegen bereits im Jahr 2008 ihre Stellen verloren. Die Hypothek für die Wohnung ist ihm geblieben.

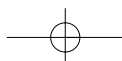
Abdoulaye lebt seither von dem, was seine Freunde und Verwandten verdienen. Die guten Netzwerke der Einwanderer fangen derzeit viele

auf, denen der Sturz in die Verelendung droht. Dies bestätigt auch Mamadou Baldei, der im Senegal und in Frankreich Soziologie studiert und sich auf Migrationsfragen spezialisiert hat. Baldei fungiert als Ratgeber bei der Einreise, bei der Arbeitssuche, beim Überleben. Er spendiert von seinem Lohn auch mal Lebensmittel für Landsleute und Freunde. »Wer weiß, vielleicht bin ich nächstes Jahr in ihrer Situation und auch auf die Hilfe anderer angewiesen. Gerade jetzt, wo viele arbeits- und völlig mittellos sind, ist der Zusammenhalt äußerst wichtig«, sagt Baldei.

Unterstützung vom Staat, der kaum seine Beamtengehälter zahlen kann und spart, wo es nur geht, können Einwanderer nicht erwarten. Madrid versucht vielmehr seit 2009 mit Hilfe von Rückführungsprogrammen und neuen Gesetzen, die Arbeitskräfte, die es rief, wieder loszuwerden. Zapatero hatte es zur Hauptaufgabe der spanischen EU-Präsidentschaft erklärt, eine europäische Asyl- und Immigrationspolitik zu beschleunigen, die vor allem in seinem eigenen Land eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze zur Folge hatte. Auch die von der EU schon lange kritisierten Massenlegalisierungen wurden unmöglich. Doch was geschieht mit den Millionen Menschen, die bereits jahrelang im Land leben und arbeiten? Im April 2011 wurde in Spanien eine neue Ausländergesetzgebung verabschiedet, die nicht nur die illegale Einwanderung weiter erschwerte, sondern auch die Abschiebung erleichterte. Einwanderer können nun nach der Einreise nicht nur vierzig, sondern sechzig Tage festgehalten werden und neuerdings in Drittstaaten zurückgeschickt werden. Familienzusammenführung wird an strenge Bedingungen geknüpft, ist aber möglich. Zu begrüßen ist immerhin der verbesserte Schutz vor sexueller Ausbeutung: Wer sexuelle Gewalt zur Anklage bringt, kann selbst als Illegal(e)r nicht ausgewiesen werden. Da Einwanderinnen häufig Opfer von Zwangsprostitution werden, war dies ein überfälliger Schritt. Ein Integrationsgesetz allerdings, über das ebenfalls schon lange debattiert wurde, liegt weiter auf Eis.

Das Rote Kreuz, das sich vor allem in den Städten um obdach- und mittellos gewordene Illegalen kümmert, zeigte sich erleichtert darüber, daß humanitäre Hilfe für illegale Einwanderer seit der Gesetzesnovellierung nicht mehr unter Strafe steht. Die Organisation nennt die Situation besorgniserregend, ihr fehlen aber wie anderen NGOs auch die Mittel, um Abhilfe zu schaffen. Aus den unzähligen Rohbauten, die nun verfallen, bevor sie fertig werden, sind in Spanien in diesem Winter allortorten Notunterkünfte geworden.

In dem 150-Seelen-Dorf Albesa sind sie nicht zu übersehen, die rund fünfzig Schwarzafrikaner, die auch im Winter hier leben und deren Zahl sich zur Erntezeit verdoppelt. Mittags versammeln sie sich am Dorfplatz, trinken Wasser aus dem Brunnen, gelegentlich ein Bier. Keiner hat regelmäßige Arbeit, kaum einer spricht Englisch oder Spanisch, nur wenige sind älter als zwanzig. Minderjährige dürfen in



SCHLECHTES VORBILD

In Deutschland sind sich Regierung, Medien und die Mehrheit der Bevölkerung einig, daß die »Pleitegriechen« das größte Problem in der EU sind. Wenn sie schon nicht aus der Eurozone geworfen werden können, solle man ihnen zumindest einen Sparkommissar von Deutschlands Gnaden vor die Nase setzen. Zu einem ganz anderen Fazit kommt das »UBS Wealth Management Research«: Nicht Griechenland, sondern Deutschland müßte die Eurozone verlassen, wenn die wirtschaftliche Vernunft das Kriterium wäre, meint das Fachblatt aus der Finanzwelt. Es reiht sich damit in den wachsenden Chor der Kritiker ein, die im Niedriglohnland Deutschland den Hauptgrund für die Schwierigkeiten sehen, in denen die Wirtschaft der anderen Länder der Eurozone steckt.

Nicht nur in Portugal und Griechenland protestieren mittlerweile Gewerkschafter und soziale Bewegungen gegen das deutsche Spardiktat. Als sich die Regierungen der Eurostaaten am 30. Januar einmal mehr zur Eurorettung in Brüssel trafen, war Belgien durch einen von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik gegen das europäische Spardiktat made in Germany lahmgelegt. Weil die Staats- und Regierungschefs nicht wie geplant auf dem von Streikposten gesperrten internationalen Flughafen von Brüssel landen konnten, mußte ihr Treffen auf eine rund 40 Kilometer südöstlich der belgischen Hauptstadt gelegene Luftwaffenbasis verlegt werden. Schon im Sommer 2011 hatten Aktivisten der belgischen Christlichen Gewerkschaft CSC erklärt: »Minijobs, prekäre Arbeitsverhältnisse und Hartz IV sind nicht unsere Sicht für die Zukunft der belgischen Arbeitnehmer.« Während einer europaweiten Gewerkschaftsdemonstration Ende Juni letzten Jahres konnten die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB proletarische Solidarität erleben. CSC-Aktive hatten T-Shirts und Plakate mit schwarzrotgoldenen Farben bemalt und darauf geschrieben: »Das deutsche Jobwunder – Ich verdiene 4,81 Euro in der Stunde« und »Laßt Europa nicht dem deutschen Beispiel folgen«. Besonders düpiert fühlte sich so mancher von der deutschen Standortlogik angekränkelte Kollege durch den Slogan »Helft Heinrich«.

Die belgischen Gewerkschafter wollen die deutschen Niedriglöhner beim Kampf für mehr Lohn unterstützen und damit eine Ausbreitung der deutschen Niedriglohnpolitik auf andere europäische Staaten verhindern. Doch ob sich Heinrich und Mandy überhaupt helfen lassen wollen? Ob sie nicht lieber weiter auf die »Pleitegriechen« schimpfen?

Für den 31. März mobilisieren linke Gruppen und Basisgewerkschaften in mehreren europäischen Ländern zu einem antikapitalistischen Aktionstag, bei dem nicht Politikberatung à la Attac im Mittelpunkt stehen soll. In Deutschland wird die zentrale Protestaktion in Frankfurt/Main stattfinden.

– Peter Nowak –

Spanien nicht abgeschoben werden, deshalb versuchen viele die Einreise schon als Teenager. Der 27jährige Albert aus Gambia, der seinen eigentlichen Namen nicht nennen möchte, ist der älteste Einwanderer in Albesa. »Als ich auf den Kanaren ankam, ging für mich ein Traum in Erfüllung«, erzählt er. Der Schiffstransfer habe ihn 1.600 Dollar gekostet. Die Passage von den kanarischen Inseln nach Valencia sollte noch einmal 600 Euro kosten.

»Dafür hat meine Familie lange gespart«, sagt Albert. Er wollte schnell Geld verdienen, dann eine Ausbildung machen. Anfangs lief es gut. Mit Obst-, Mandel- und Olivenenernte, aber auch mit Gartenarbeiten konnte er noch vor wenigen Monaten gutes Geld verdienen. »Ich bin stark und hatte immer zu tun«, sagt er und zeigt die Schwielen an seinen Händen. Jetzt tingelt er Tag für Tag mit seinem Fahrrad die Bauernhöfe und Gärten ab, um nach Arbeit zu fragen. Fast immer umsonst. In Albesa lebt er seit zwei Jahren mit neun seiner Freunde in einem halbverfallenen Schuppen. Das Dach ist eingestürzt und nur notdürftig mit einer durchsichtigen Kunststoffplane gedeckt. Auf dem Boden liegen Schaumstoffmatratzen. Er leidet unter der Kälte, dem Stumpfsinn und der ablehnenden Haltung der Dorfbewohner. Der Plan, sich für 800 Euro nach Deutschland weiterschleusen zu lassen, wo Verwandte leben, ist vorerst geplatzt. Also abwarten – Geld für die Rückreise ist ohnehin keines vorhanden.

Wer im Landesinneren Fuß gefaßt hatte, brauchte sich bis vor kurzem keine großen Sorgen mehr zu machen. Zwar mußte, wer ohne Papiere in Spanien lebte, theoretisch mit der Abschiebung rechnen; Regierung und Polizei gingen jedoch recht großzügig mit den Vorschriften um. Dies hat sich geändert, wie der Polizist Pol Capdevila berichtet. Während er über den Marktplatz von Balaguer schlendert, nickt er der Gruppe Schwarzafrikaner zu. »Eigentlich müßte ich die jetzt fast alle festnehmen«, sagt er und schüttelt den Kopf. Er weiß in der Regel, wer Papiere hat und wer nicht. Doch bislang hat er sich, solange er keiner Straftat nachgehen mußte, nicht darum gekümmert. Jetzt ist größere Strenge politisch gewollt. Razzien werden häufiger angeordnet. 140 spanische Einwandererorganisationen haben deshalb Anfang März vergangenen Jahres gemeinsam Beschwerde beim Innenministerium über die »illegale Praxis« unmotivierter Personenkontrollen und kurzzeitiger Festnahmen eingelegt.

In letzter Zeit haben Anzeigen von Privatleuten gegen Illegale zugenommen. »Oft sind das Arbeitskollegen, die sich ihrer Konkurrenz im Betrieb entledigen wollen«, sagt Capdevila. Einwanderer, ob mit oder ohne Papiere, gelten neuerdings als potentielle Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens im Land. Dies hält auch Miquel Àngel Aguilà Barril, bis zum Jahr 2011 über 25 Jahre lang Bürgermeister von Balaguer, für bedenklich. Mindestens ein Viertel der 18.000 Einwohner seiner Stadt seien Immigranten, so Barril. Sie seien besonders stark vom Zusammenbruch der Baubranche betrof-

fen. Die neue Einwanderungspolitik hält er für einen Versuch, von den eigentlichen Problemen im Land abzulenken. »Es klingt so, als wären die Einwanderer an der Krise schuld.«

Dies scheint in der Tat manch Spanier zu glauben. War man bisher Fremden gegenüber aufgeschlossen, führt die neue Konkurrenz um die Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor wieder zu mehr Fremdenfeindlichkeit, wie auch eine Studie der Organisation Migration Watch gezeigt hat. Ausländerfeindliche Rhetorik macht sich in Politik und Presse breit. Einige Ortschaften, allen voran die katalanische Stadt Vic, haben angekündigt, keine weiteren Einwanderer einzubürgern, auch wenn diese alle dafür nötigen Voraussetzungen erfüllten.

Doch noch immer riskieren Tausende ihr Leben, um das Mittelmeer zu überqueren. »Keiner verläßt seine Heimat, wenn er nicht dazu gezwungen ist«, erklärt Ibrahim, der Besitzer des Internetcafés. »Solange sich in unseren Herkunftsländern nichts ändert, wird kaum einer freiwillig zurückkehren«, sagt auch Mamadou Baldei, der Soziologe aus dem Senegal, der sich inzwischen ebenfalls in Katalonien niedergelassen hat. Die Leute in Afrika fragen nicht danach, wie hart man arbeitet, um Geld zu verdienen, und unter welchen Bedingungen man lebt. Sie sehen nur, daß man bessere Kleidung trägt und schöne Geschenke bringt«, fügt er hinzu. Der junge Akademiker hat zunächst in Dakar studiert und konnte dann mit einem Stipendium an die Universität von Grenoble wechseln. Trotzdem verdient er heute sein Geld als einfacher Arbeiter in einer Glasfabrik. Er komme aus einer eher armen Familie im Senegal und habe einfach nur großes Glück gehabt, sagt er.

Mamadou Baldei fährt nun einmal im Jahr als Freiwilliger mit dem Roten Kreuz in seine Heimat sowie nach Gambia und Mali. Dort betreibt er Aufklärungsarbeit, spricht mit den Jugendlichen über ihre Zukunft, informiert über die Gefahren der Überfahrt und die harte Realität in Europa. »Für sie ist Europa ein Eldorado«, so Baldei. Dazu trügen auch diejenigen bei, die in Europa illegale Geschäfte, vor allem mit Drogen, machten. »Sie bauen sich zu Hause in Afrika prachtvolle Häuser, in die sie sich zurückziehen, wenn sie in Europa Probleme bekommen.«

Wer hingegen in Europa gescheitert ist, verschweigt dies zu Hause oft. »So sehr ich auch will, ich kann nicht zurück«, erklärt Albert, der im Dörfchen Albesa, im spanischen Hinterland, auf bessere Zeiten wartet. Schließlich hat der ganze Clan Geld gesammelt, um ihm die Überfahrt zu ermöglichen, und daran die Erwartung geknüpft, daß er nun seinerseits Geld schickt. »Wenn ich mit leeren Händen käme, würden sie mir das nicht verzeihen.« Wenn er gewußt hätte, wie das Leben als Illegaler in Europa wirklich aussieht, wäre er wohl nie gekommen. ●

Annika Müller schrieb in KONKRET 1/12 über die Lage der Frauen im »nachrevolutionären« Ägypten